

Bern, 19. Juni 2017

Dritte Nationale Integrationskonferenz

Gemeinsam für eine erfolgreiche Integration

Über 250 Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben an der dritten Nationalen Integrationskonferenz darüber diskutiert, wie die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz weiter verbessert werden kann. Im Fokus stand die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden mit nichtstaatlichen Akteuren aus den gesellschaftlichen Bereichen Arbeiten, frühe Kindheit und Zusammenleben. Wichtigstes Ergebnis der Konferenz: Die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure muss vor Ort verstärkt werden – dort wo die Menschen leben und arbeiten.

Zur Konferenz eingeladen hatte die Tripartite Konferenz (TK), die politische Plattform von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden. Sie hatte seit 2012 Integrationsdialoge in den drei Lebensbereichen lanciert. Ziel der Konferenz war es, diese Dialoge auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene stärker zu verankern. Verglichen mit anderen Staaten klappe die Integration in der Schweiz im Allgemeinen gut, unterstrich Staatsrat Laurent Favre (NE) in seinem Grusswort. Trotzdem gebe es verschiedene Herausforderungen, die gemeinsam angepackt werden müssen.

Integrations-Agenda Schweiz

«Integration ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes, in die Zukunft unserer Bevölkerung, in die Menschen, die hier leben», hielt EJPD-Vorsteherin Simonetta Sommaruga in ihrer Eröffnungsrede fest. Dabei sei auch klar, dass Integration nicht gratis zu haben sei. Doch zahle sich die Investition in die Integration aus, ökonomisch aber auch menschlich gesehen – Menschen könnten sich entfalten, wenn sie einbezogen werden und verfügten dann über soziale Kontakte.

Um die Integration zu stärken, hätten Bund und Kantone kürzlich eine Integrations-Agenda vereinbart, so Sommaruga. «Wir klären gemeinsam, wie und wo wir investieren müssen, damit am Ende alle profitieren: unser Land ebenso wie die Zugewanderten, die hier leben», erläuterte die Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements. Sommaruga sieht Arbeit und Bildung als Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Deshalb sei es so wichtig, dass bei der Integrations-Agenda nicht nur die Migrationsbehörden von Bund und Kantonen mitarbeiten, sondern auch die Bildungsbehörden, konkret das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK).

Bildung als Integrationsmotor

Regierungsrat Benedikt Würth (SG), Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen und St.Galler Regierungsrat, betonte, dass insbesondere bei spät in die Schweiz eingereisten Jugendlichen und bei gering qualifizierten Erwachsenen weiterer Handlungsbedarf bestehe. Ohne einen Berufsabschluss sei es schwierig, den steigenden Anforderungen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt zu genügen: "Wir müssen deshalb mehr in die Arbeitsmarktintegration investieren. Bildungsmassnahmen sind dabei die eigentlichen Motoren", gab sich Würth überzeugt. Zum Integrationsdialog „Arbeiten“, den die TK 2012 bis 2016 mit der Wirtschaft geführt hatte, zog er eine positive Bilanz. Im Rahmen gemeinsamer Projekte wurden praxisbezogene Sprachkurse entwickelt, administrative Hürden abgebaut und über 2'000 Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert. Das sei aber erst ein Anfang, so Würth.

Gute Startbedingungen für Kinder

Bereits heute leben über die Hälfte der Kinder unter sechs Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund – Tendenz steigend. Spätestens beim Kindergarteneintritt zeigt sich: Es gibt grosse Unterschiede in der Entwicklung der Kinder, die deren Schulkarriere prägen können und manchmal kaum wettzumachen sind. Im Rahmen des Dialogs „Aufwachsen“ wurden deshalb Fachpersonen rund um die Kinderbetreuung für die Bedeutung der Integrationsförderung in der frühen Kindheit sensibilisiert. Ziel muss es sein, dass alle Kinder in der Schweiz, unabhängig von ihrer Herkunft gesund ins Leben starten können und bei Schuleintritt nach Möglichkeit bereits die Ortssprache beherrschen: "Investitionen in die Frühe Förderung bieten die Chance, in der Integrationspolitik einen grossen Schritt voranzukommen. Deshalb engagieren sich Städte und Gemeinden stark in diesem Bereich", führte Nationalrat Kurt Fluri, Präsident des Schweizerischen Städteverbands, in seinem Votum aus.

Engagement der Zivilgesellschaft

"Integration bedeutet mehr als eine Sprache zu lernen und einen Job zu haben. Integriert sein heisst auch, dazu zu gehören“, unterstrich Hannes Germann, Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbands. Persönliche Begegnungen zwischen Zugewanderten und Ansässigen seien entscheidend. Sie kämen oft im Rahmen von lokalen Projekten mit freiwilligem Engagement zustande, hier liege denn auch der Schwerpunkt im Integrationsdialog „Zusammenleben“. Dieses Engagement von Bürgerinnen und Bürgern sei gerade für Flüchtlinge sehr wertvoll und daher von staatlicher Seite zu würdigen und zu fördern.

An der Konferenz vertreten waren neben Regierungen und Verwaltungen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene auch Arbeitgeber- und Branchenverbände, Gewerkschaften, Verbände aus den Bereichen Medizin (Pädiatrie, Hebammen, Pflegepersonal) und Frühe Förderung (Kinderbetreuung), Sportverbände, Stiftungen, Jugend- und Freiwilligenorganisationen, Hilfswerke, Migrantenvereine sowie verschiedene Religionsgemeinschaften. Es wurde deutlich, dass alle einen entscheidenden Beitrag leisten können, damit die Integration in der Schweiz gelingt. Die TK wird die Diskussionsergebnisse nun zu Empfehlungen verarbeiten.

Kontakte:

Informationsdienst EJPD, Tel. 058 462 18 18

Sekretariat KdK, Tel. 031 320 30 00

Geschäftsstelle SSV, Tel. 031 356 32 32

Geschäftsstelle SGV, Tel. 031 380 70 00